



Mehr Mut für die Berner Suchtpolitik!

Der Gemeinderat hat diesen Sommer den Massnahmenplan Suchtpolitik 2014-2018 veröffentlicht. Er geht damit in die richtige Richtung, vor allem was die Entkriminalisierung von Cannabis angeht. Trotzdem fehlt zum Teil der Mut für eine wirklich innovative Suchtpolitik. Von Alice Galizia

Die Stadt Bern rühmt sich damit, im Bereich Drogen- und Suchtpolitik eine Vorreiterrolle einzunehmen. Tatsächlich war Bern 1986 die weltweit erste Stadt, die ein staatlich toleriertes Fixerstübli zur Verfügung stellte; und auch abgesehen davon ist die städtische Drogenpolitik relativ fortschrittlich. Die Stadt sollte sich deswegen aber nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen, sondern weiterhin eine innovative Suchtpolitik betreiben. Dazu gehört – wie es beim Fixerstübli 1986 der Fall war – auch mal etwas ganz Neues auszuprobieren und sich dabei nicht beirren zu lassen.

Wichtige Schritte in Richtung Cannabis-Liberalisierung

Vor kurzem hat die Stadt Bern nun den neuen Massnahmenplan zur Suchtpolitik 2014-2018 veröffentlicht. Die Stossrichtung des Massnahmenplans ist lobenswert. Vor allem im Bereich Cannabis macht die Stadt endlich vorwärts. Sie geht mit der Teilnahme an einem neuen Pilotprojekt zur Cannabis-Regulierung auf eine Forderung der Jungen Alternative ein (Motion Fraktion GB/JA! -

Lea Bill, JA!/Leena Schmitter, GB: Jetzt endlich ein wissenschaftlicher Pilotversuch für den kontrollierten Cannabisverkauf!). Das Pilotprojekt sieht Clubs vor, in denen Cannabis legal vertrieben und konsumiert werden kann. Die JA! ist sehr erfreut, dass die Stadt der langjährigen Forderung, Cannabiskonsum zu liberalisieren, nachkommen will. Die Teilnahme an diesem gemeinsam mit Basel, Genf und Zürich angedachten Projekt ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Entkriminalisierung auf der ganzen Linie

Im Massnahmenplan wird jedoch der Umgang mit Partydrogen (z.B. Ecstasy, Amphetamine, Designerdrogen) und Kokain fast gänzlich ausgeklammert. Der Konsum dieser Suchtmittel ist zwar weniger verbreitet als derjenige von Cannabis, deshalb aber nicht weniger Realität. Eine progressive Suchtpolitik, die vor allem die Schadensminderung und Sicherheit der Konsument_innen im Auge hat, muss auch hier auf die Entkriminalisierung zielen.

Zu kritisieren ist zudem die Konzentration auf Jugend-

Fortsetzung auf Seite 2

Das Editorial zu schreiben ist die mit Abstand beste Aufgabe, die einem beim Verfassen dieses Blattes zuteil werden kann: Ein beliebiges Thema mit möglichst hoher Reizwirkung aus dem beinahe unendlichen Sammelsurium der Sommerlochpresse rauspicken, sich ordentlich gehen lassen, und die Sache im praktisch engen Rahmen von einigen hundert Zeichen mit genüßlicher Boshaftigkeit so weit ins Absurde treiben, bis selbst dem unterbezahltesten Tamedia-Praktikanten das Kopfschütteln in der Nackenmuskulatur stecken bleibt. So dachte zumindest der Autor dieser Zeilen, als er sich zum Verfassen ebenjener bereit erklärte – nicht ahnend, dass er seine Meister in Sachen Absurdität in Gestalt eines Heeres an offenbar massiv unterforderten Journalist_innen finden sollte, welches sich ganz offenbar zum Ziel gesetzt hat, die Intimzone eines Aargauer Gemeindepräsidenten bis spätestens Ende Sommerzeit zu Tode zu diskutieren. Wenn's doch wenigstens der Tschäppät gewesen wäre...
Von Basil Schöni

Inhaltsverzeichnis

Wie wollen wir wohnen?	Seite 1
Editorial	Seite 2
Prévention partout - surveillance nulle part	Seite 3
"Figg di Frou Müller"	Seite 4
Vom Arbeitstier zum Lebewesen	Seite 5
KWO - plus mehr Wasser- kraft für Bern	Seite 6
JA! zum Buch	Seite 7
Vermischtes	Seite 8

Fortsetzung von Seite 1

liche, wenn es um übermässigen Alkoholkonsum geht. Natürlich sind es vor allem Jugendliche, die am Wochenende und im Nachtleben am ehesten über den Durst trinken. Alkohol ist aber nicht ausschliesslich ein Jugendproblem, im Gegenteil; Alkohol ist eine Volksdroge wie keine andere. Es muss deshalb aufgepasst werden, dass Jugendliche nicht gebrandmarkt und kriminalisiert werden.

Gassenarbeit statt Repression

Problematisch ist für die JA! auch der Leitsatz „Schutz der Bevölkerung“. Was gut klingt, könnte möglicherweise ein Vorwand für Repression sein: Die JA! ist natürlich die erste, die sich für Plätze und Parkanlagen als Begegnungs- und Aufenthaltsraum für alle einsetzt. Dies darf aber kein Vorwand für die Stadt sein, repressive Massnahmen gegen Konsumierende zu treffen und sie aus dem öffentlichen Raum zu verbannen. Wegweisungen sind auch unter dem wohlklingenden Namen der „Schutz der Bevölkerung“ nicht zu akzeptieren. Lieber würde die Stadt vermehrt in die Arbeit der aufsuchenden Gassenarbeit investieren, die einen wichtigen Teil der Suchtarbeit in Bern leistet. Alles in allem ist der neue Massnahmenplan der Stadt Bern zufriedenstellend, vor allem im Bereich Cannabis. An einigen Stellen wäre aber eine mutigere Politik wünschenswert, damit sich Bern weiterhin seiner Vorreiterrolle rühmen darf.



„Die ganze Zeil ist eine einzige Blockupy-Party“

Vor etwas mehr als einem Jahr fand während den Blockupy-Aktionstagen in Frankfurt ein kleiner sozialer Metropolenstreik statt. Eine kleine Erinnerung.

Von Kalle Kunterbunt.

Das kapitalismuskritische Blockupy-Bündnis lud am 31. Mai und 1. Juni 2013 erneut nach Frankfurt am Main zum massenhaften zivilen Ungehorsam ein. Erneut sollte die Europäische Zentralbank, als eine der aggressivsten und neoliberalsten AkteurInnen der Troika für einen Morgen durch kreative Massenblockaden umzingelt und das Arbeiten dort verunmöglicht werden. Ziel war es aber auch, sich nicht nur auf eine Akteurin des autoritären Krisenregimes zu beschränken, sondern die vielen Facetten der jüngsten Krise des Kapitalismus zu markieren, blockieren und sabotieren. So

entstand die Idee einer zweiten Welle, bei welcher nebst der EZB, vier weitere Schauplätze bespielt wurden: Die Deportation Airport-Aktion, welche sich mit der Ausschaffungsmaschinerie des Frankfurter Flughafens auseinandersetzte; die Deutsche Bank-Aktion, bei welcher vor allem Nahrungsmittelspekulation und Rüstungsdeals angeprangert wurden; eine Rechtsaufstadt-Aktion, welche sich mit Gentrifizierung und neoliberaler Stadtumstrukturierung befasste und last but not least die Blockupy Zeil-Aktion, auf die ich hier näher eingehen möchte.

Vorbereitet wurde die Zeil-Aktion von der Berliner Blockupy-Plattform in enger Zusammenarbeit mit der Interventionistischen Linken (IL), welche bereits massgeblich an den Vorbereitungen zu 'Block G8', 'Castor schottern!', 'Dresden Nazifrei' und anderen Massenaktionen beteiligt war.

Die Zeil, als eine der umsatzstärksten Einkaufsmeilen Europas, bot eine hervorragende Zielscheibe, um den ersten sozialen Metropolenstreik (im Kleinen) zu erproben. Wir konzentrierten uns hauptsächlich auf die Textilindustrie und den Einzelhandel und versuchten die Ausbeutung entlang der gesamten Wertschöpfungskette sichtbar zu machen und anzugreifen. Die Botschaft sollte sein: Die Profitlogik – Grundlage des kapitalistischen Wirtschaftens – ist ursächlich für die Ausbeutung von Beschäftigten, ob an den Produktionsstandorten in Niedriglohnländern oder im Einzelhandel reicher Industrienationen wie der BRD. Es sollte klar werden: Unter der Krise leiden Beschäftigte, Produzent_innen und darüber hinaus all jene, die durch ihre unbezahlte Haus- und Pflegearbeit (care work) die Gesellschaft am Leben erhalten: überwiegend Frauen.

Die Aktionen bestanden aus der Kombination verschiedener Formen des zivilen Ungehorsams. Die Kreativität der einzelnen Aktivist_innen konnte sich unbegrenzt entfalten. Zur Anregung und als gemeinsame Basis wurde ein Aktionsspiel entwickelt, welches durch einzelne vorbereitete Aktivist_innen angeleitet wurde. Damit war eine Möglichkeit geschaffen, auch ganz spontan zu partizipieren. Die verschiedenen Aktionsformen waren relativ niedrigschwellig und gleichzeitig sehr wirkungsmächtig.

Die drei zentralen Aktionsformen, alle eingebettet in



Fortsetzung auf Seite 4

das Aktionsspiel waren das Blockieren von Geschäften, das Markieren von Ausbeutungsverhältnissen und ihren Profiteuren und der Eingriff in den normalen Geschäftsbetrieb mit Hilfe von Go-In's in Geschäfte. Die Inhalte wurden durch die Aktionsformen selbst und zusätzlich mit Hilfe von Stickern, Postkarten, Infoflyern, Redebeiträgen, Gesprächen, etc. an Beschäftigte und Konsument_innen vermittelt.

Im Vorfeld wurde extra die kleine Bezugsgruppen-Fibel "Bildet Banden und seid Teil von Blockupy 2013" für die Aktion (und darüber hinaus) erarbeitet. Ein Punkt der massgeblich zum Erfolg der Aktion beigetragen hat, war die Tatsache, dass sich alle Aktivist_innen wie Einkaufende gekleidet hatten und so nicht von der konsumierenden Masse unterschieden werden konnten. Somit hatte die Polizei nur zwei Möglichkeiten: Entweder sie kontrollierte alle und nahm damit in Kauf, "Unbeteiligte" zu schikanieren und vom Konsumieren abzuhalten, oder aber sie liess uns gewähren. Geschehen ist Zweites und das Resultat hat allen die Sprache verschlagen, da es alle Erwartungen in den Schatten gestellt hat und sich eine Eigendynamik entwickelt hat, die so noch nie dagewesen ist. Zumindest nicht auf der Zeil.

Alles fing mit einer kleinen Kundgebung vor Primark an, welcher sofort seine Tore schloss und den ganzen Nachmittag auch nicht wieder öffnete. Nachdem sich bereits ca. 800 Menschen dort eingefunden haben um einer pakistanischen Gewerkschafterin zuzuhören, welche von dem widerlichen Unglück in Rana Plaza berichtete, fiel der Startschuss für das

Payback Zeil-Aktionsspiel: Ziel des Spiels war es, gemeinsam so viele Punkte wie möglich zu sammeln. Punkte gab es für unterschiedliche Aktionen in drei verschiedenen Kategorien (Geschäfte blockieren, Geschäftsbetrieb umstrukturieren, Zahlungsverkehr lahmlegen). Es gab zwei Spielvarianten (A: Blockaden / B: Go-In's).

Größere Blockaden gab es daraufhin unter anderem bei MyZeil, Benetton, ZeilGalerie, Esprit, New Yorker, Karstadt, McDonald's, und Kik. Zusätzlich blockiert, bzw. zeitweise geschlossen waren H&M, Deichmann, Adidas, Pohland, Douglas, Ap- pelrathCüpper, Eckerle, Christ, P&C, pimkie, Mango, mötivi, noname, und viele mehr. Größere Go-In's fanden bei H&M, Esprit, Zara, pimkie und Görtz statt und der feministische 'Care Mob' errichtete eine Materialblockade bei Eckerle, veranstaltete eine Wischaktion vor Primark und installierte ein Binden-Tapon-Geflecht zwischen den Bäumen vor Karstadt, worauf die Frankfurter Rundschau in ihrem Liveticker zu den Blockupy Aktionstagen den treffenden Beitrag aufschaltete: „Die ganze Zeil ist eine einzige Blockupy-Party“

An diese Aktion sollte unbedingt angeschlossen werden. Auch hier in Bern ist eine vergleichbare Aktion durchaus denkbar und äusserst wünschenswert. Eine ausführliche Dokumentation der gesamten Aktion mit allen erarbeiteten Materialien findet sich im Web und die Initiant_innen sind sehr gerne bereit ihre Erfahrungen mit anderen zu teilen.

Auf dass der Bund bald titeln möge: "Die ganze Marktgasse ist eine einzige antikapitalistische Party!"

Angriff der Fussballvampire

Vor mehreren Wochen endete das WM-Spektakel. Nachträgliche Kritik eines Fussballskeptikers. Von Lorenz Stalder

Es mutet merkwürdig an, jetzt über die WM 2014 zu schreiben. Als wir uns entschieden haben etwas über die WM zu schreiben, war die Fussballeuphorie noch deutlich in der Luft greifbar. Nun hört man nichts mehr vom Fussball. Ein Grossanlass wie die WM verdient aber Kritik, besonders wenn etwas Distanz besteht.

Vorneweg: Ich gebe zu, ich hasse Fussball von ganzem Herzen. Wenn ich Menschen beim Fussballspielen zusehe, kriege ich Gänsehaut und nicht die gute Variante. Auch die blauen Flecken, die mir übereifrige Fussballamateure während meiner Schulzeit zugefügt haben, beginnen wieder zu jucken. Kurz: Ich bin traumatisiert. Und vielleicht nicht die richtige Person, um über Fussball zu schreiben. Sei es drum, ich habe versucht Polemik aus dem Spiel zu lassen. Es ist freilich nicht gelungen, doch über Fussball lässt sich ohnehin nicht sachlich schreiben. Doch so viel hatte die WM mit Fussball auch gar nicht zu tun.

Klar, als die Spieler angefangen haben sich zu beißen, wurde mir auf einen Schlag wieder bewusst, weshalb ich Fussball nicht mag. Aber es gibt ja tatsächlich inhaltliche Kritik an der WM, die weniger mit dem Spiel, als mit der Institution zu tun hat. Hätte Volleyball denselben Stellenwert, würde ich jetzt über diesen schreiben.

Am Besten beginne ich mit der unbestrittenen Tatsache, dass die Organisator_innen der WM alle korrupt sind und sich auf Kosten der Zuschauer_innen und der Gastgeber_innen in skrupelloser Weise bereichern. Ich möchte dabei nicht in den Anti-Sepp-Blatter-Chor einstimmen. Denn so widerlich dieser Mensch auch sein mag, er ist nur der oberste Nutzniesser des Fifa-Systems.

Die Fifa entscheidet zum Beispiel, welches Bier getrunken werden darf und welche Kopfhörer die Spieler tragen dürfen. Es werden so Monopole geschaffen, welche vor allem die Wirtschaft des Gastgeberlandes ausschliessen. Diesem werden



einzig die gewaltigen Bauruinen hinterlassen. Und wo sind die Stimmen jener, die sonst bei jeder Gelegenheit nach der Abschaffung staatlicher Monopole rufen? Verstummt. Solange das Geld in die richtigen Taschen fließt, ist freier Markt offenbar unerwünscht.

Der ganze Kommerz um die WM wäre erträglich, würde er nicht unsere Gesellschaft vollkommen durchtränken. Über mehrere Wochen verwandelte sich der öffentliche Raum in ein einziges grosses Public Viewing. Wer dem Fussball aus dem Weg gehen wollte, war chancenlos und musste sich deprimiert in seiner

Wohnung verkriechen. Und die Medien bemühten sich gar nicht mehr erst um eine ausgewogene Berichterstattung. Israel marschiert im Gazastreifen ein, die Ukraine kommt nicht zur Ruhe und im Irak treibt IS ihr Unwesen. Alles nicht interessant. Krieg ist nun mal nicht gut für das WM-Geschäft.

Als die WM vorbei war, wechselte die Berichterstattung irritierend schnell von Party auf Apokalypse. Dieselben Medien, die sich gerade noch über Schiedsrichterurteile echauffieren konnten, redeten nun den Weltuntergang herbei: Werden uns die Islamisten überrennen? Und: Oh mein Gott, wie konnte es nur passieren, dass sie schwere Waffen haben? Und wenn ich dann zum x-ten Mal Intellektuelle wehklagen höre, die westliche Zivilisation stehe kurz vor dem Untergang, dann vermisse ich die WM schon ein bisschen.

Fuhrimanns Erlebtes aus dem Alltag

In einer Mittagslektion am Gymnasium wird häufig über die belanglosesten Dinge im Leben gesprochen. Man tauscht sich über das vergangene Wochenende aus, beschwert sich über den letzten Test und verbreitet die neuesten Gerüchte. Nicht allzu selten werden auch Themen aufgegriffen, in welchen man sich leicht einmal uneinig sein kann. Und da man sowieso nichts zu tun hat und sich etwas behaupten will, beginnt man mit einer Diskussion. Häufig geht es dabei um aktuelle Ereignisse oder Wissensfragen, welche mit einer kurzen Suche auf dem Smartphone geklärt sind, worauf sich die vorherige Langeweile wieder einstellt. Aber ab und zu kommt es vor, dass jemand aus lauter Naivität und ohne zu wissen, auf was er sich da einlassen könnte, aktuelle politische Themen aufgreift. So fragt er oder sie zum Beispiel: „Was ist eigentlich dieses ECO-Pop von dem alle reden?“. Nun erwartet ihn zunächst ein Ansturm von Erklärungsversuchen verschiedenster Klassenmitglieder, welche sich gegenseitig zu beschimpfen beginnen und sich konstant ins Wort fallen. Der zunächst sehr neutrale Beginn von Karl endet in einer reinen Hasstirade ge-

gen Ecopop, worauf Susi, liberal wie sie nun mal ist, zu erklären versucht, „dass es so einfach nun auch wieder nicht ist und dass es ja eigentlich einen guten Ansatz hat“ und Emma wieder einmal meint, ihr Vater wäre auch dafür und man solle diese Ausländer sowieso gar nicht erst über die Grenze lassen. Am Ende bezeichnen sich die Diskutierenden gegenseitig als Arschlöcher und der/die Frager_in weiss genauso viel wie vorher.

Es ist anstrengend, in politischen Fragen immer auf dem neusten Stand zu sein und für eine bestimmte Meinung argumentieren zu können. Für viele Jugendliche meist zu anstrengend. Die Mühe, sich aus eigenem Antrieb und freiwillig mit Texten und Argumenten herumzuschlagen ist für viele eigentlich politisch Interessierte ein Abschreckungsfaktor, welcher besonders bei Jugendlichen schnell einmal zu einer Gleichgültigkeit der Politik gegenüber führt.

Wenigstens kommt bei der Googlesuche auf dem Smartphone zunächst einmal ein Stop-Ecopop-Bild.

Von Nicolas Fuhrmann

Realise it!

Cannabis ist längst in aller Munde

Die Verbotspolitik im Umgang mit sogenannten 'Drogen' kann als gescheitert bezeichnet werden. Die versuchsweise geplante Cannabis-Liberalisierung dürfte hier in vielerlei Punkten Abhilfe schaffen.

Von Basil Schöni

"Wer täglich und über längere Zeit kifft, tut seinem Körper nichts Gutes." Mit diesen Worten leitete Lars Guggisberg, Grossrat des Kantons Bern (SVP) seine im August eingereichte Motion "Gelegentliches Kiffen verändert das Gehirn" ein. Mittels dieser möchte er "Drogenversuche, welche die Abgabe und/oder den Verkauf und/oder den Konsum von Cannabisprodukten in Cannabis-Vereinen erlaubt [sic]" kantonsweit verbieten. Diese Forderung ist aus einer Vielzahl von Gründen – gelinde gesagt – absurd.

Sinn verfehlt

Dass der Konsum von Cannabis weder Balsam fürs Gedächtnis, noch für die Motivation ist, dürfte jedem Menschen klar sein, der jemals an einem Joint gezogen hat und seiner Psyche auch nur halb so viel Aufmerksam-

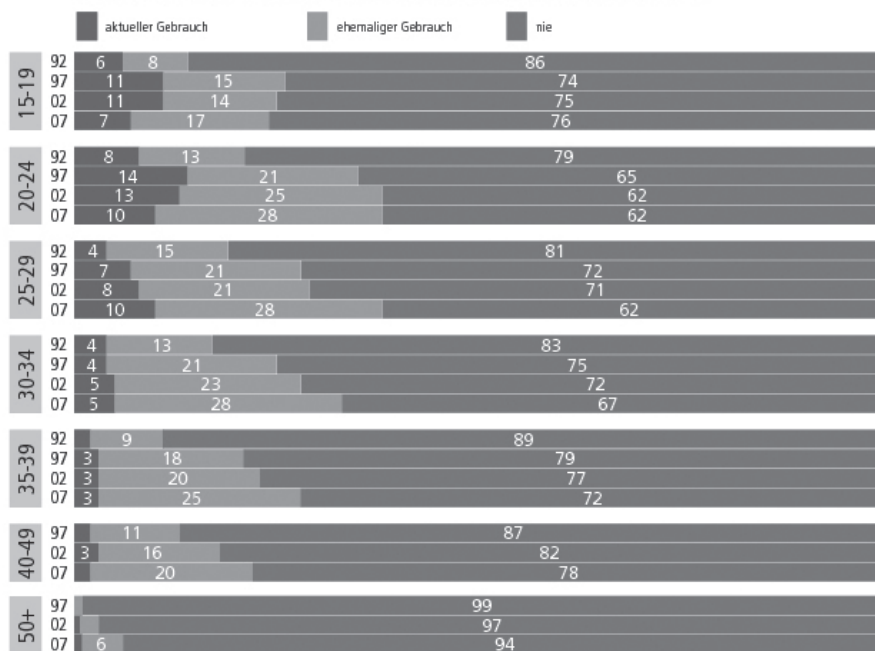
samkeit schenkt, wie Herrn Guggisberg der sprachlichen Korrektheit seiner Motion. Wer dies allerdings als Argument gegen regulierten Vertrieb und Konsum des – offenbar weithin gefürchteten – Krauts anführt, hat Sinn und Zweck einer derartigen Liberalisierung nicht verstanden.

Gemäss der 'Schweizerischen Gesundheitsbefragung 2012' (in untenstehender Grafik), konsumierten 25.4% der Bevölkerung zwischen 15 und 74 Jahren mindestens einmal in ihrem Leben Cannabis. 5.3% taten dies in den 12 Monaten vor der Befragung, knapp die Hälfte davon, 2.5%, auch mehrmals pro Monat. Angesichts dieser Zahlen (2.5% der Schweizer Bevölkerung sind immerhin 154'000 Personen) müsste eigentlich auch das nüchternste Parlamentsmitglied zugeben: Der Cannabiskonsum in der Schweiz ist eine Realität – trotz Kriminalisierung.

Cannabiskonsum in der Schweiz, nach Alter (Vergleich der Jahre 1997, 2002 und 2007)

SUCHT | INFO | SCHWEIZ

Quellen: für 1997: SFA (1999), Berechnungen auf Basis der Schweizerischen Gesundheitsbefragung 1997, n=12 989 für 2002: SFA (2004), Berechnungen auf Basis der Schweizerischen Gesundheitsbefragung 2002, n=19 678 für 2007: SFA (2009), Berechnungen auf Basis der Schweizerischen Gesundheitsbefragung 2007, n= 18 702



Prozentwerte unter 2.5% werden nicht aufgeführt.
1992 wurden nur unter 40-jährige Personen nach ihrem Cannabiskonsum befragt.

Verantwortung statt Verbot

Wer also immer noch dem „staatlichen Fernziel einer drogenfreien Gesellschaft“ frönt und dieses mittels Prohibition erreichen will, muss trotz aller Drogenfreiheit einen etwas vernebelten Verstand haben. Das Ziel des derzeit angedachten Pilotprojekts, ist daher auch nicht jene gnadenlos gescheiterte Utopie, sondern der Schutz und die Entkriminalisierung all der mündigen Bürger_innen, welche sich für den Konsum dieser Substanz entschieden haben. Durch den legalen

Vertrieb von Cannabisprodukten, können diese auf Verunreinigungen und THC-Gehalt kontrolliert werden, was der Gesundheit der Konsumierenden zugute kommt und einen verantwortungsbewussten Umgang ermöglicht. Des Weiteren können auf verkaufte Produkte Abgaben erhoben werden, welche in Präventionsarbeit und Suchtberatung fliessen können. Ebenfalls wird durch einen kontrollierten Vertrieb der Schwarzmarkt geschwächt, was eine Grundvoraussetzung für einen funktionierenden Jugendschutz darstellt.

Stärkstes Argument für eine Entkriminalisierung des Cannabiskonsums, ist allerdings ein Ethisches: In einer freiheitlichen Gesellschaft, die sich diesem Wort würdig erweist, darf mir als zurechnungsfähigem Bürger, der sich der Tragweite und Konsequenz seines Handelns vollständig bewusst ist, niemand vorschreiben, was für Dinge ich mit meinem Körper anstelle – ob ich meine Gesundheit damit nun gefährde oder nicht!

Förderung durch Zwangsfusion?

Die Abteilung für Kulturelles der Stadt Bern hat die Vernehmlassungsvorlage für die neu erarbeitete Kulturstrategie herausgegeben, welche in mehreren Punkten der kulturellen und individuellen Vielfalt der Stadt Bern schadet.

Von Soraya Hug.



Wenn es nach der Stadt geht, sollten das Schlachthaus Theater mit der Dampfzentrale ab 2016 fusionieren. Mit einer Fusion würde die Leitung vom Schlachthaus, der Dampfzentrale oder sogar beide abtreten. Die Gründe für die Fusion sind nicht ausreichend formuliert. Die kulturelle Vielfalt, insbesondere die Unterstützung von regionalen Kulturschaffenden würde unter einem Zusammenschluss leiden.

Ein weiteres Problem ist der Prozess, der zu diesem Entschluss der Stadt führte: im Herbst 2013 wurden Gespräche für eine mögliche engere Zusammenarbeit der beiden Institutionen Dampfzentrale und Schlachthaus aufgenommen. Das Schreiben der Abteilung für Kulturelles im April 2014 bedeutete ein abruptes Ende dieser Gespräche: Es stand nun definitiv fest, dass die beiden Häuser in eine Trägerschaft übergeführt werden sollen.

Die Stadt will damit die freie Szene fördern. Allerdings wurde der freien Szene gar keine Wahl gelassen, es wurde über ihre Köpfe hinweg ent-

schieden. Eine Förderung der freien Szene durch eine Fusion ist fraglich: Werden regionale Gruppen durch einen Zusammenschluss der Dampfzentrale und der Schlachthaus wirklich in ihrem kulturellen Schaffen unterstützt?

Der Stadtrat verlangt, dass mehr Geld in die direkte Kulturförderung fliessen soll. Dieser Anteil ist nämlich gering und eine Steigerung würde unabhängige Projekte stark unterstützen. Individuelle Projekte sollten laut Stadtrat neu 15% Prozent der gesamten Kulturförderungsgelder beigesteuert bekommen. Diese Forderung ist in der Vernehmlassungsvorlage nicht erfüllt.

Ein weiterer Punkt der Vorlage ist, dass die Stadt Bern die Sanierung der großen Halle der Reitschule mitfinanzieren will. Eine Sanierung wird es ermöglichen, die grosse Halle vermehrt für grosse kommerzielle Konzerte und weitere Veranstaltungen zu nutzen. Ist dies wirklich unterstützungswürdig? Primäres Ziel sollte nicht sein, dass die Einnahmen gesteigert werden. Zudem könnte die vermehrte kommerzielle Nutzung durch Grossanlässe in der grossen Halle in Konflikt mit der sonstigen Nutzung der Reitschule gelangen.

Grundsätzlich hat die Stadt viele unzureichende Vorschläge gemacht, Prozesse sind falsch abgelaufen und vieles ist nur dürftig begründet. Die Junge Alternative JA! wird in ihrer Vernehmlassungsantwort entsprechend reagieren.

interessiert? komm vorbei!

wir treffen uns jeden zweiten Dienstag abend im JA!-Seki an der Neubrückstrasse 17 in Bern (Buslinie 11 „Neufeld“ oder 21 „Bremgarten“ bis Haltestelle „Henkerbrännli“), > gegenüberliegende Strassen- seite erstes Haus an der Kreuzung:

Dienstag, 9. September, 18.30 Uhr
Dienstag, 23. September, 18.30 Uhr
Dienstag, 7. Oktober, 18.30 Uhr

Impressum

Der ja!rgon erscheint 4 mal jährlich

Junge Alternative JA!
Postfach 6874
3001 Bern

Telefon 031 301 82 09
Telefax 031 302 88 78

info@jungealternative.ch
www.jungealternative.ch
Postkonto 30-1054-3

Redaktion dieser Ausgabe:
Alice Galizia, Basil Schöni, Kalle Kunter-
bunt, Lorenz Stalder, Nicolas Fuhrmann,
Soraya Hug
Gestaltung: Regula Zimmermann
Layout: Christian Strasser
Lektorat: Basil Schöni

JA!genda

- > 27.08.14, 17.00-23.00, Rössli Bern: Das Premium- Cola-Kollektiv lädt zum Workshop zum Thema „Angewandte Basisdemokratie“ und zum Vortrag über „Wirtschaft Hacken“
- > 04.-07.09.14: Labor Schützenmatte: Aktionen, Instal- lationen und Angebote von verschiedenen Gruppen zur Andersnutzung der Schützenmatte
- > 10.09.14, 20.15, Bildungszentrum WWF (Bollwerk- stadt): Podium zum Thema: „Waldstadt – ‚Nein danke‘ oder ‚Ja Gerne?‘“
- > 13.09.14, 13.30, Münsterplatz Bern: Solidaritätslauf für Sans-Papiers (www.solidaritätslauf.ch)
- > 13.09.14, 13.30, Münsterplatz Bern: Solidaritätslauf für Sans-Papiers (www.solidaritätslauf.ch)
- > 25.09.14, 19.00, Frauenraum Bern: Vortrag, Diskus- sion und Ausstellung zum Thema „Intersexualität – Geschlechtsvarianten“

JA! Parolen für den 28. September 2014

Stadt Bern

- > Tram Region Bern: Ausführungskredit JA

Schweiz

- > Volksinitiative «Schluss mit der MwSt-Dis- kriminierung des Gastgewerbes!»: Nein!
- > Volksinitiative «Für eine öf- fentliche Krankenkasse»: JA!

**Nicht verpennen -
an die Urne rennen!**

